Neuorientierung erforderlich.

(Regionale) Parlamente gefordert.

Prof.in Dr.in
Elisabeth Vitouch
Vorsitzende des Gemeinderatsausschusses für europäische und internationale Angelegenheiten, SPÖ

Foto: ©Team für Europa

Europa steht momentan vor den Trümmern der verfehlten Austeritätspolitik vergangener Jahre: Der sog. Reform- und Konsolidierungs-Kurs in der Eurozone, der seit Ausbruch der Krise die Pensionen, Mindestlöhne und Sozialleistungen 'runter-, die Abgaben und Steuern 'raufgefahren hat, ist soeben von Italien abgewählt worden, Frankreich bricht den Fiskalpakt, und Griechenland („SYRIZA“) probt den Aufstand gegen das Sparpaket der Troika.

Angesehene Ökonomen wie Peter Bofinger (einer der fünf deutschen „Wirtschaftsweisen“) warnen vor einem Abwürgen des Wachstums durch einen überzogenen Austeritätskurs – ein Kurswechsel zu einem vernünftigen Investitionsprogramm wäre allerdings nur auf gesamteuropäischer Ebene zu bewältigen. Hier wären vor allem auch Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit gegenüber den oft kopfscheuen Finanzmärkten gefragt, um einen behutsameren Konsolidierungskurs einzuschlagen.

Wahrscheinlich wäre dazu nicht nur eine integrierte Geldpolitik (gemeinsame Währung und Notenbank), sondern auch eine ebensolche Fiskalpolitik (ein vom EP legitimierter gesamteuropäischer Finanzminister) notwendig, also ein Transfer der Souveränität auf europäische Ebene – ein Thema, das 2013 im Hinblick auf die EU-Wahlen noch eine wichtige Rolle spielen dürfte.

Das aktuelle EU-Sparbudget ist allerdings bei all diesen Entscheidungen leider nicht hilfreich: Neben einer kohärenten europäischen Energiepolitik und Strategien zur Stärkung des Industriesektors, müsste vor allem in Forschung und Bildung investiert werden. Auch die „Armutszuwanderungs“-Debatte sollte verstärkt geführt werden, um die Ursachen mangelnder Integration (Roma!) und ungelöster sozialer Probleme zu behandeln. Da die entsprechenden Aktionspläne von den betroffenen Ländern bisher kaum umgesetzt werden konnten, wäre möglicherweise ein/e eigene/r Kommissar/in von Nöten!

EU-ParlamentarierInnen als wichtige Player mit Lösungskompetenz

Nur der verstärkte soziale Dialog unserer EU-Abgeordneten (über die Parteigrenzen hinweg) kann eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der österreichischen und europäischen ArbeitnehmerInnen sichern!

Das Europäische Parlament spielt eine zentrale Rolle bei Entscheidungen im Bereich Wettbewerbsrecht, Liberalisierung öffentlicher Dienste und kommunaler Daseinsvorsorge und muss seine Kontrollfunktion gegenüber den Ämtern der Kommission noch stärker wahrnehmen. Selbst bei so „unwichtigen“ Entscheidungen wie der „Zukunft der europäischen Kulturhauptstädte nach 2020“ (2024 ist wieder eine österreichische Stadt an der Reihe) ist das EP das Zünglein an der Waage. [1)]

Best Practice aus Wien

Fünf Millionen arbeitslose Jugendliche EU-weit sind aber wahrscheinlich das allergrößte Problem für die kommenden Jahre, und ein sechs Milliarden schweres Paket zur Bekämpfung dieses wahrhaft katastrophalen Zustands ist bestimmt nicht überdimensioniert …

Wien ist mit seiner Ausbildungsgarantie für Jugendliche wieder Vorbild für die adaptierten EU-Maßnahmen (wie wir es schon beim sozialen Wohnbau waren), die „Wiener Charta“ und der Qualifikationsplan Wien 2020 skizzieren probate Möglichkeiten zur Lösung dieser europaweiten Probleme.

Ein Gemeinderatsausschuss für die Stadtaußenpolitik

Mit der Schaffung des Gemeinderatsausschusses für europäische und internationale Angelegenheiten (GReiA) im November 2010 und seiner Ermächtigung „im Namen des Landtages Stellungnahmen zu Gesetzgebungsakten im Rahmen der Europäischen Union an den Bundesrat und den EU-Ausschuss des Bundesrates abzugeben, weshalb der betreffen-

1) Eine von mir zu diesem Thema erstellte (und 2012 vom Ausschuss der Regionen einstimmig verabschiedete) Stellungnahme zum entsprechenden Kommissionsvorschlag muss vom Parlament in seiner Entscheidung berücksichtigt werden.

de Gesetzesakt nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist“, stellte die rot-grüne Koalitionsregierung die Wiener Europa- und Außenpolitik auf eine noch breitere Basis. 2012 sprach der Gemeinderatsausschuss für europäische und internationale Angelegenheiten drei **Subsidiaritätsrügen** zu Gesetzesvorlagen der Europäischen Union aus. Es handelte sich dabei um

– den Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Katastrophenschutzverfahren der Union,

– den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr sowie

– den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Konzessionsvergabe.

Darüber hinaus wurden Themen aus der aktiven Wiener Stadtaußenpolitik – von Centrope bis zum Wien-Haus, von der Zukunft der Kohäsionspolitik bis zum Europäisches Jahr des aktiven Alterns – zur Diskussion gestellte. (Eine Aufstellung der behandelten Dossiers findet sich im Anhang).

Nach sehr intensiven Gesprächen der beiden Wiener Regierungsparteien hinsichtlich der Verankerung eines **Rederechts für österreichische EU-Abgeordnete im Wiener Landtag und Gemeinderat** konnten – nach den entsprechenden Beschlüssen – am 27. Jänner 2012 die ersten Vertreterinnen des Europäischen Parlaments bei einer Sitzung des Wiener Landtags begrüßt werden: MEP Mag.ª Ulrike Lunacek (Grüne) und MEP Mag.ª Evelyn Regner (SPÖ) freuten sich, erstmalig als Europaparlamentarierinnen im Landtag zu sprechen.

Europapolitisches Engagement

Ein Novum stellten 2012 auch die seitens des Gemeinderatsausschusses für europäische und internationale Angelegenheiten initiierten beiden **Fachseminare** dar. Sie boten Gelegenheit, aktuelle europapolitische Themen mit einem breiteren Fachpublikum zu diskutieren. Nach der Vorstellung der Studie über „Die wirtschaftspolitische Steuerung der EU und die Rolle der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnis (REGLEGs)“ im Frühjahr ging es im November vor allem darum, dass die EU für die Menschen (an)greifbarer sein muss: Dazu soll das europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013 beitragen. Freiheiten für den Markt sind nicht (mehr) genug, soziale Grundrechte (die auf dem Papier vorhanden sind) müssen endlich zum Leben erweckt werden! Diese wesentliche Dimension wurde in der Vergangenheit leider sträflich vernachlässigt, jetzt muss die Schieflage schrittweise beseitigt werden.

Pünktlich zum Europatag im Mai 2012 konnte die **kommunalpolitische Themensammlung „Wien – Europa findet Stadt“** vom SPÖ-Klub in Buchform (Wiener Perspektiven – Band 1) präsentiert werden, die sich u.a. mit europ. Verkehrspolitik, Donauraumstrategie, Smart Cities und dem Europa der BürgerInnen auseinandersetzt.

Auch die aktuellen Vorschläge für die neuen EU-Strukturfonds ab 2014 bieten Wien Chancen zur Umsetzung innovativer und sozial integrativer Projekte in vielen Bereichen nachhaltiger Stadtentwicklung („Smart Cities“), auf politischer und Verwaltungsebene ist hier ein integriertes europapolitisches Engagement unbedingte Voraussetzung: Europa wird in den Städten und Gemeinden gelebt, die Einbeziehung in die EU-Gesetzgebungsprozesse muss forciert, Information und Kommunikation darüber angeregt werden, wie es der Gemeinderatsausschuss für europäische und internationale Angelegenheiten auch 2012 wieder erfolgreich getan hat.

Aus der Krise lernen.

Ein „Europa der BürgerInnen“ muss sozialer werden.

Dr.in Monika Vana
Stv. Vorsitzende des Gemeinderatsausschusses für europäische und internationale Angelegenheiten, Europasprecherin der Wiener Grünen

Das Jahr 2013 wurde von der EU-Kommission zum „Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger“ erklärt. Aus diesem Anlass seien Überlegungen angebracht, wie dieses Postulat mit Leben erfüllt werden kann und in welche Richtung sich die Politik entwickeln muss, um die Kluft zwischen EU und BürgerInnen zu überwinden und das „Projekt EU“ 56 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge tatsächlich beim Großteil der Menschen „ankommen“ zu lassen.

Sämtliche EU-Gipfel seit Ausbruch der „Eurokrise“, nicht zuletzt jener um den EU-Finanzrahmen 2014-2020, machen deutlich: Nach wie vor dominieren nationale Regierungsegoismen und Feilschen um Vorteile und Rabatte. Getrieben von heimischen Boulevard-Medien, verhalten sich Regierungschefs wie auf einem „Basar“, schwingen die „Veto-Keule“ oder inszenieren sich als „Drachentöter“. Resultat: Die EU muss sich, sollte das Europaparlament nicht dagegen stimmen, in den nächsten Jahren mit einem „Sparbudget“ zufrieden geben. Und das in einer Zeit, in der es angesichts von Wirtschaftskrise, unzureichender Armutsbekämpfung und neuer globaler Herausforderungen wie Klimaschutz mehr gemeinsames Handeln denn je bräuchte. Auch die Verteilung der Mittel ist dabei alles andere als zukunftsorientiert: Nach wie vor hohe Direktzahlungen für die Agrarindustrie, zu wenig für Bildung und Jugendbeschäftigung.

Ausreichende Mitwirkung der BürgerInnen?

Der Vertrag von Lissabon hat aber immerhin, neben einer Stärkung des Europaparlaments, auch neue Beteiligungsinstrumente auf EU-Ebene geschaffen. Das wichtigste ist die Einführung der „Europäischen Bürgerinitiative“ (EBI) – eine Art EU-weites BürgerInnenbegehren, bei dem eine Million UnterzeichnerInnen aus mindestens sieben Mitgliedstaaten die Kommission auffordern können, gesetzgeberisch tätig zu werden. 2012 ist das Jahr, in dem (mit Anlaufschwierigkeiten, die vor allem auf bürokratische Hürden zurück zu führen sind) die ersten EBI’s gestartet werden konnten.

Die Deadline der Sammlung für die ersten eingereichten EBI’s endet am 1. November 2013. Die Bandbreite der Anliegen ist groß: Vom Ausstieg aus Tierversuchen über eine gemeinsame europäische Schulbildung, ein EU-weites 30 km/h-Tempolimit in städtischen Wohngebieten bis zur Prüfung eines Bedingungslosen Grundeinkommens. Eine der interessantesten EBIs, insbesondere vor dem Hintergrund der Debatte um die EU-Konzessionsrichtlinie und der „Wiener Volksbefragung 2013“ (bei der sich eine der vier Fragen um den Schutz kommunaler Betriebe und Dienstleistungen vor Privatisierung drehte, ist die von Gewerkschaften und Umwelt- und Sozial-NGOs unterstützte EBI mit dem Titel „Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht! Wasser ist ein öffentliches Gut und keine Handelsware!“. Es geht es darum, dass die EU-Kommission einen Gesetzesvorschlag erarbeiten soll, der das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung entsprechend der Resolution der Vereinten Nationen durchsetzt und eine funktionierende Wasser- und Abwasserwirtschaft als existenzsichernde öffentliche Dienstleistung für alle Menschen fördert.

Kommunales Wahlrecht für EU-BürgerInnen auch in Wien!

Thema des Europäischen Jahres der Bürger und Bürgerinnen ist auch die Unions-Bürgerschaft, untrennbar verbunden mit dem kommunalen Wahlrecht für EU-BürgerInnen. Wien ist die einzige Stadt Österreichs, in der EU-BürgerInnen immer noch kein Wahlrecht für den Gemeinderat haben, da Wien gleichzeitig Bundesland ist. Verankert im rot-grünen Regierungsübereinkommen für Wien, sollte aus Sicht der Grünen das kommunale Wahlrecht für EU-BürgerInnen auch für Wien durch eine Verfassungsänderung des Nationalrates endlich umgesetzt werden – gerade im „Europäischen Jahr der BürgerInnen“ könnte dies ein wertvoller demokratiepolitischer Beitrag sein.

Die Griechenland-Krise

Bei den Aktivitäten der Grünen Wien im Jahr 2012 spielte natürlich auch die Griechenland-Krise immer wieder eine Rolle: Nicht zufällig wurde für das „Greens in Big Cities"-Meeting Ende Juni 2012, bei dem es u.a. um die Themen multikulturelles Erbe und Politik der Inklusion ging, Saloniki als Tagungsort ausgewählt. Und das Treffen des Rates der Europäischen Grünen Partei, in deren Vorstand ich seit 2009 Mitglied war, fand – auch als symbolisches Zeichen der Solidarität – im November 2012 in Athen statt.

Wir Grünen bekennen uns zur europäischen Solidarität: Es wird wohl nichts daran vorbeiführen, Griechenland einen substanziellen Anteil seiner Schulden geordnet zu erlassen – ein Schritt, der eigentlich schon viel früher hätte erfolgen sollen. Die Austeritätspolitik der Troika gießt Öl ins Feuer statt die Brandursache zu bekämpfen: Immer mehr Menschen verarmen, fast zwei Drittel der griechischen Jugendlichen sind arbeitslos – eine verlorene Generation. Der ESM ist keine taugliche Antwort auf die Schulden- und Verteilungskrise in Europa: Ohne Kurswechsel der EU in Richtung wirksame Regulierung der Finanzmärkte, Schaffung einer Sozialunion und einer Europäischen Demokratie ist die Europäische Idee ernsthaft in Gefahr.

Ungarn: Bedenkliche Entwicklungen

Doch nicht nur in der Eurozone, auch im EU-Mitglied Ungarn sind bedenkliche Entwicklungen zu beobachten. Seit der Parlamentswahl 2010, bei der die rechtskonservative FIDESZ-Partei von Premierminister Viktor Orbán eine Zweidrittel-Mandatsmehrheit errang, gibt es eine Krise der Demokratie in Ungarn: Die Pressefreiheit wurde eingeschränkt, Posten im öffentlichen Dienst und in staatsnahen Unternehmen mit AnhängerInnen der Regierungspartei besetzt, das Wahlrecht in eine minderheitsfeindliche Richtung verändert u.a.. Nachdem das Verfassungsgericht sich kritisch gegen einige Maßnahmen der Regierung Orbán ausgesprochen hatte, wie z.B. die verpflichtende Registrierung aller WählerInnen, setzte die FIDESZ-Mehrheit Schritt, nun auch dieses letzte Kontrollinstrument „mundtot zu machen" – etwa durch ein Verbot, Präzedenzfälle aus der Zeit nach der Wende für Urteile heranzuziehen.

Die EU, in der die konservativen Schwesterparteien Orbáns sowohl an der Spitze der Regierungen als auch im Europaparlament die stärkste Kraft darstellen, agiert hier bedauerlicherweise zahnlos. Angesichts immer wiederkehrender EU-„Sonntagsreden" über „rule of law" und „europäische Werte" ist dies befremdend – zumal in der „Realverfassung" Ungarns kaum mehr eine echte Gewaltenteilung existiert.

Von Wien aus könnten heuer – im Sinne eines praktizierten „Europa der BürgerInnen" – etwa die zahlreichen bestehenden Partnerschaften zwischen Bezirken aus Wien und Budapest genutzt werden, um auf dieser Ebene auch Kontakte mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in Budapest aufzunehmen und mit diesen zusammenzuarbeiten. Die Wiener Grünen haben hierfür bereits 2005 den jährlich im Rathaus stattfindenden Mitteleuropäischen Runden Tisch für KommunalpolitikerInnen gegründet.

Für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger – für eine Europäische Demokratie!

Mag. Wolfgang Jung
Stv. Klubobmann FPÖ,
stv. Vorsitzender des Gemeinderatsausschusses für europäische und internationale Angelegenheiten

Unsere, vorsichtig positive Stellungnahme zur Arbeit des „Europaausschusses“ muss, gemessen an der praktischen Umsetzung des letzten Jahres, leider revidiert werden. Absagen und Alibitermine, mit „zur Kenntnisnahme“ vorgelegten 2-Seitenpapierchen zu Fragen ohne echte Relevanz zu Europa, sind Zeitverschwendung. Es gäbe genügend Themen über die informiert und diskutiert werden müsste.

Der „Ausverkauf“ unseres Wassers durch Brüssel ist ein typisches Beispiel. Dabei geht es in der Realität aber nicht um die, in Wien künstlich hochgespielte Diskussion der innerösterreichischen Meinungsbildung – Befürworter des Verkaufs gibt es ohnehin kaum – sondern darum, wie die Bundesregierung Druck auf Brüssel machen könnte, um „Hintertüren“ bei der Richtlinie zu verhindern. Als Anmerkung: Vor drei Jahren habe ich, wie sich nun zeigt nicht ohne Grund, gefordert, dass Gebietskörperschaften nicht gezwungen werden dürften, ihre Auftragsvergaben international auszuschreiben. Nur so ist nämlich in wirtschaftlich schweren Zeiten eine Arbeitsmarktsteuerung und vor allem eine gezielte Förderung durch die öffentliche Hand möglich.

Die Kommission versucht aber immer wieder, nach bewährtem Muster zusätzliche Eingriffsrechte an sich zu reißen und die Bürger zu belehren, wie sie zu leben haben. Das Wort von der Subsidiarität, der Verlagerung von Kompetenzen möglichst nahe an den Bürger, bleibt Augenauswischerei. Nach der Glühbirnenregelung schauen sie uns jetzt ins Badezimmer. Verpflichtende Wasserzähler und die Durchlaufmenge bei Duschköpfen bedürfen unbedingt einer transeuropäischen Regelung.

Dass, entgegen den Vernebelungsaktionen der Bundesregierung, über „erfolgreiche Verhandlungen“ beim EU-Budget, der österreichische Nettobeitrag gewaltig erhöht wird, kann natürlich nicht ohne Auswirkungen auf das österreichische Budget und damit auch auf den Finanzausgleich und die Länder bleiben. Die Folgen werden Leistungskürzungen und „Preisangleichungen“ sein, wenn unser Schuldenstand nicht noch weiter klettern soll.

Die steigende Arbeitslosigkeit, besonders in Wien, als Folge der Eurokrise, wird zusätzliche Mittel fordern. Sie lässt sich auf Dauer nicht hinter noch mehr, sehr oft nutzlosen, Schulungen verstecken und wird sich, nach der für 2014 erzwungenen weiteren Öffnung des Arbeitsmarktes (auch eine EU-Regelung), für Bulgaren und Rumänen, noch mehr verschärfen. Besonders betroffen sein werden die Schlechtqualifizierten aus Drittstaaten, die ohne ausreichende Sprachkenntnisse sind. Wer daher immer noch die Öffnung des Arbeitsmarktes für weitere Gruppen, wie zum Beispiel Asylwerber und Wirtschaftsflüchtlinge, fordert, verschlechtert die Lage der eingesessenen Arbeitssuchenden zusätzlich und erleichtert Lohndumping.

Auch die gegenwärtig mühsam verdeckte Eurokrise wird sich, allerspätestens nach der Wahl in der Bundesrepublik Deutschland, zurückmelden und nicht ohne Auswirkungen auf unsere Stadt bleiben. Das Damoklesschwert der leichtsinnig aufgenommenen Frankenkredite schwebt weiterhin über uns. Die Beschwichtigungsversuche der Finanzstadträtin sind deshalb nur zu leicht zu durchschauen. „Wenn es ernst wird muss man Lügen“ – so die Worte des abgetretenen „Mr. Euro“, Jean Claude Juncker. Haben sie auch für die Politik in Wien Gültigkeit?

Alle diese Fragen und vor allem die Entwicklung von Gegenstrategien böten Stoff genug für den Ausschuss für europäische und internationale Angelegenheiten, er wird aber bewusst an der kurzen Leine gehalten, um der Öffentlichkeit die Brisanz vieler Themen nicht zu deutlich vor Augen zu führen.

Vermutlich deshalb wird der, auch im Vorjahr erst auf unser Drängen zustande gekommene, Auftritt unserer EU-Abgeordneten im Landtag wieder auf die lange Bank geschoben. Es könnte ja sein, dass höchst unangenehme Wahrheiten und Probleme angesprochen werden. Dazu gehört unter anderem, warum sich einige Mandatare offenkundig mehr als Vertreter Brüssels denn als die der Österreicher fühlen. Die EU-Wahl im Jahr 2014 wirft eben ihre Schatten voraus, und wenn es nicht bald zur Fixierung eines Termins kommt, werden wir die EU-Abgeordneten, schon wegen der Nationalratswahl

im Herbst, vermutlich vor 2015 nicht mehr im Haus hören.

Europa ist, wenn es nicht gerade um Lobeshymnen geht, kein beliebtes Thema der Regierungskoalition. In der Budgetdebatte, die traditionell über die gesamte Stadtpolitik geführt wird, ist der Ausschuss, als einziger(!), keinen eigenen Tagesordnungspunkt wert.

Demokratiepolitisch unverständlich ist, dass von der Stadtregierung immer wieder größtmögliche Kooperation in EU-Fragen angemahnt wird, die Opposition bei der Gestaltung einschlägiger Veranstaltungen (z.B. EU-Tag) aber ausgeschlossen bleibt. Bei derartigen Anlässen sollte es doch möglich sein, kritische Anmerkungen auszuhalten und zu diskutieren.

Dass die Stadtaußenpolitik in die Kompetenz des Ausschusses fällt, schlägt sich in den Tagesordnungen des Ausschusses allerdings kaum nieder. Zu erwartende Budgetkürzungen werden sich aber auch in den Außenbeziehungen, wo wir oft die Hauptzahler sind, auswirken. Vorausschauende Überlegungen über Konzentrationen in den Außenstellen und eine Neugewichtung der Aktivitäten der Stadt, insbesondere im Donauraum wären daher angebracht.

Es wäre eigentlich viel zu tun, aber die Stadtregierung hält es leider mit dem (verfehlten) Grundsatz: Wer nichts tut, kann nichts falsch machen.

Partner erfolgreicher Standortpolitik.

Dr. Fritz Aichinger,
Klubobmann der ÖVP Wien

Die neue Finanzperiode der Europäischen Union hat starke Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Länder und Gemeinden. Zukünftig ist die Projektfinanzierung der Europäischen Union noch stärker auf Zielvorgaben der EU abgestellt. Wirtschaftswachstum, Bildungsprogramme und Innovationspolitik sind dabei zentrale Elemente. Wer in Zukunft von den Mitteln der Europäischen Union profitieren will, muss seine Politik auf diese Ziele fokussieren.

Die Stadt Wien muss sich den Zielen der Europäischen Programme und Politik daher stärker widmen. Wien als Mittelpunkt der CENTROPE-Region soll als Standort diverser überregionaler Wirtschafts-, Bildungs- und Innovationszentren ausgebaut werden. Forschung, Bildung und Innovation müssen zukünftig noch enger mit der Wirtschaftsförderung verknüpft werden. Nur wenn Wien als Bildungs- und Innovationsstandort ausgebaut wird, ist seine Position als Headquarterstandort auch in Zukunft gesichert. Dabei steht die Schaffung grenzüberschreitender Forschungs- und Innovationsprojekte im Mittelpunkt.

Es gilt, eine konsequente Ausweitung der Standortpolitik in Wien zu betreiben. Die Europäische Union ist dabei ein wichtiger Partner. Wien kann durch zielorientierte Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik künftig noch stärker von der Europäischen Union profitieren. Ziel muss es sein, die Stadt Wien als Europametropole zu behaupten: Es braucht mehr Europa in der Bildungspolitik, im Bereich der Wirtschaftsförderung, im Stadtbild und im Miteinander der Bürgerinnen und Bürger. Erfolgreiche Europapolitik bedeutet die Umsetzung erfolgreicher Standortpolitik und umgekehrt.

Die ÖVP Wien richtet einen Großteil ihrer politischen Forderungen nach den gemeinschaftlichen Zielen der Europäischen Union aus. Nicht weniger als das wird auch von der Stadt Wien verlangt sein, möchte sie ihre zentrale Stellung in der Europäischen Gemeinschaft halten.

Statements der Rathausklubs